



Zusammenarbeit mit der AfD – ist die Brandmauer gefallen?

Bericht: Friederike Rohmann, Oliver Matthes
Kamera: Phillip Bauer, Tilo Weiskopf, Tilo Holzapfel
Schnitt: Mirko Wand

Der Landkreis Sonneberg in Südthüringen. Hier ist seit diesem Sommer mit Robert Sesselmann der erste AfD-Landrat im Amt. Doch Zusammenarbeit mit der AfD - die gibt es hier schon länger. Und zwar zwischen allen Fraktionen. Auch von der politisch entgegengesetzten Seite.

Uwe Schlammer sitzt seit knapp 30 Jahren im Kreistag. Erst für die PDS, dann für die Linkspartei. Er und Mitglieder seiner Fraktion haben schon mehrfach für Anträge der AfD gestimmt. Schlammer sagt, es ginge dabei oft um Formalien. Ein Problem sieht er darin nicht.

Uwe Schlammer, die Linke, Fraktionsvorsitzender Kreistag Sonneberg

“Bei den Anträgen, die durchgekommen sind, handelt es sich im Wesentlichen um solche Ja, ich sage immer gern Schlagloch-Beschlüsse, wo also die AfD sagt: Wir haben da ein Schlagloch entdeckt, das ist 20 Zentimeter tief, und das müssen wir jetzt zumachen. Und da können sich die anderen Parteien nun mal schlecht hinstellen auf kommunaler Ebene und sagen: Nein, das Schlagloch bleibt offen.“

Nicht nur der Bundesvorstand der Linken, auch die Spitzen aller anderen Parteien, die im Bundestag sitzen, distanzieren sich von einer Zusammenarbeit mit der AfD. Doch wo beginnt überhaupt eine Zusammenarbeit? Wir fragen nach bei Politikwissenschaftler Martin Gross, der zu Kommunalpolitik forscht.

Prof. Dr. Martin Gross, Politikwissenschaftler LMU München

“Ja, also gemeinsames Abstimmen ist schon eine Zusammenarbeit. Weil man das Gedankengut teilt oder den Vorschlag gut findet, den Vorschlag unterstützt. Danach kommt eigentlich nur noch feste Zusammenarbeit, schriftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Anträge stellen.“

Abgrenzungsregeln aus der Parteispitze könne er vor Ort nicht gebrauchen, sagt Schlammer. Denn hier zähle auch, dass man die Leute kennt, die mit einem im Kommunal-Parlament sitzen.

Uwe Schlammer, die Linke, Fraktionsvorsitzender Kreistag Sonneberg

„Man kann nicht einfach sagen: Pass auf, Du bist AfD Mitglied, was du hier erzählst, das ist Quatsch. Wir müssen das so machen. Weil ich meine, es gibt da durchaus ein paar



Intelligente, auch bei der AfD, aber dort von fern weit fern zu sagen: Also ihr dürft das nicht. Das ist generell äußerst schwierig und ist eigentlich unrealistisch.“

Wie wird in den Kommunalparlamenten in Mitteldeutschland abgestimmt? Dafür haben wir alle mitteldeutschen Landkreise und kreisfreien Städte angefragt, ob dort Anträge der AfD eine Mehrheit bekommen haben. Denn dafür braucht sie in fast allen Fällen die Stimmen der anderen Parteien. Das Ergebnis: In mindestens 18 von 50 Parlamenten kamen inhaltliche Anträge der AfD durch. Nach unseren Recherchen die meisten davon auch mithilfe der CDU - dabei hält gerade ihr Vorsitzender an der sogenannten Brandmauer fest.

Friedrich Merz, Bundesvorsitzender CDU

“Da gibt es eine Brandmauer, da gibt es eine klare Abgrenzung“

In Sachsen erhielten inhaltliche Anträge der AfD in vier Parlamenten eine Mehrheit, in drei davon nachweislich mit Stimmen der CDU, darunter in Bautzen. Dort stimmte im Kreistag im Dezember letzten Jahres die CDU nahezu geschlossen für einen Antrag der AfD. Darin ging es um Kürzungen von Leistungen für Asylbewerber.

Die AfD ist im Landkreis präsent, baut regelmäßig einen Stand bei den Montagsprotesten in Bautzen auf, wo Reichsflaggen geschwenkt und andere rechtsextreme Symbole gezeigt werden. Dass ein Antrag der AfD nur mit Hilfe der CDU eine Mehrheit bekommen konnte, ärgert einige hier. Auch die Bautznerin Anke Knaak.

Anke Knaak, CDU, Willkommen in Bautzen e.V.

“Ja, ich war ziemlich sauer, wo ich das gehört habe. Für uns war es natürlich oder auch für mich persönlich wieder mal eine Sache, die offensichtlich gegen die Geflüchteten sich gerichtet hat. Von der AfD würde ich sagen ist das auch so gewollt oder ist das auch so. Das ist ja ihre Meinung, würde ich mal so denken. Von der CDU würde ich jetzt mal diese Meinung so erst mal nicht per se erwarten von allen Abgeordneten.“

Anke Knaak engagiert sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit. Und sie ist auch seit sieben Jahren Mitglied in der CDU. Eingetreten sei sie damals wegen Angela Merkel. Dass ihre Partei nun ausgerechnet für so einen Antrag der AfD stimmt, bereitet ihr Sorgen.

Anke Knaak, CDU, Willkommen in Bautzen e.V.

“Also ich befürchte, dass das für Leute, die da nicht weiter nach gucken oder nachhalten, den Eindruck verstärkt: Die AfD ist ja gar nicht so schlimm, weil ja sogar die CDU stimmt ja in ihren Vorschlägen zu. Andererseits sagen sie immer, die sind so schlimm und die sind, was



weiß ich was werden beobachtet vom Verfassungsschutz. Aber kann ja alles gar nicht so sein, weil den Anträgen wird ja dann offensichtlich gefolgt.“

Auch Jonas Löschau ist enttäuscht von der CDU. Der Grünen-Politiker sitzt im Bautzener Kreistag, war bei der Abstimmung dabei - und wirft der CDU vor, den für sie bequemsten Weg gewählt zu haben.

Jonas Löschau, Bündnis 90/Grüne, Kreistag Bautzen

Durchaus hätte man einen eigenen Antrag stellen können, wenn man den inhaltlich ausarbeitet. Und da erwarte ich dann tatsächlich auch von der CDU, dass sie mit so einem Antrag auch auf uns zukommt, auf die demokratischen Fraktionen im Kreistag und mit uns darüber spricht.

Jedes Mal einen eigenen Antrag stellen - auch wenn der AfD-Antrag an sich in Ordnung ist? Unpraktikabel und aufwändig, hören wir von vielen Kommunalpolitikern, die ihren Posten in der Regel neben ihrem Beruf ausführen.

Prof. Dr. Martin Gross, Politikwissenschaftler LMU München

„Es ist ein ehrenamtliches Engagement, was nicht oder schlecht bezahlt wird. Und der Aufwand ist groß und man muss erstmal lernen, wie man einen Antrag schreibt. Das heißt, es gibt natürlich Hilfestellungen für neu ankommende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber der Aufwand ist schon groß und ich würde dir einfach besser bezahlen. Aber klar, das kostet natürlich Geld. Andererseits ist es ein Ehrenamt für die Demokratie und dann sollte es einem eigentlich das auch wert sein, die Zeit dann doch noch zu investieren.“

Warum hat die CDU in Bautzen diesen Aufwand nicht betrieben? Wir hätten gerne dazu mit dem Fraktionsvorsitzenden Matthias Grahl gesprochen. Er lehnt ein Interview ab, auch als wir ihn noch einmal persönlich vor Ort in seiner Metallbau-Firma fragen. Gegenüber der Wochenzeitung "Die Zeit" äußerte sich Grahl so: "Bundesweit und medial wird das Thema absolut überhöht. Wir haben ganz andere Sorgen, als darüber nachzudenken, ob irgendwo in Kleinkleckersdorf jemand einem AfD-Antrag zugestimmt hat."

Es dauert eine ganze Weile, bis wir ein Interview via Videotelefonie mit dem CDU-Landesverband in Sachsen bekommen. Aus Sicht des CDU-Generalsekretärs sind Abstimmungen wie in Bautzen Einzelfälle.



Alexander Dierks, CDU, Generalsekretär Sachsen

“Wir haben sehr deutlich immer gesagt, dass wir keinen Anträgen der AfD zustimmen und dass es klar sein muss, dass eine bürgerlich-konservative Partei der Mitte, die sächsische Union, die CDU in Sachsen, eigene Positionen braucht, für die Themen, die die Menschen im Land bewegen.”

Konsequenzen für die CDU-Kreisräte, die entgegen der Parteilinie für den AfD-Antrag gestimmt haben, gab es bislang nicht. Anders als in Hildburghausen in Thüringen. Dort führte gemeinsames Abstimmen mit der AfD nun erstmals zu ernsthaften Partei-internen Konsequenzen. Im vergangenen Winter hatte der Stadtrat ein Abwahlverfahren gegen den amtierenden Bürgermeister auf den Weg gebracht. Unter anderem mit Stimmen von AfD, einem rechtsextremen Bündnis - und der SPD. Die beiden SPD Stadträte widersetzten sich damit ihrer Parteilinie. Ralf Bumann, einer von ihnen, steht bis heute zu seiner Entscheidung.

Ralf Bumann, SPD, Stadtrat Hildburghausen

“Wir sind ja eigentlich als Stadtrat unserem Gewissen verpflichtet und dem Wohle der Stadt und nicht irgendwelchen Parteiforderungen. Also das haben wir auch unserem Landesvorsitzenden gesagt. Wir nehmen das zur Kenntnis, aber wir entscheiden so, wie wir es für richtig halten. Ich würde heute genauso diese Entscheidung noch mal treffen, wie wir sie damals im Dezember getroffen haben.”

Gegen Ralf Bumann und den anderen Stadtrat läuft nun ein Parteiordnungsverfahren, das im schlimmsten Fall mit einem Partei-Ausschluss enden könnte. Bumann ärgert sich über diesen Schritt - für den sich vor allem der Thüringer SPD-Chef Georg Maier eingesetzt hatte.

Georg Maier, SPD Vorsitzender Thüringen

„Er sieht nicht die politische Bedeutung, die über Hildburghausen damit verknüpft ist, die sieht er nicht. Sondern er sagt: Da gibt es eine Unzufriedenheit mit dem Bürgermeister. Das ist doch ein ganz regionales, kommunales Thema. Es geht da ja nur um Sachfragen - Schwimmbad, Kindergarten. Und so weiter. Was habt ihr da für ein Problem? Aber natürlich habe ich, wie soll ich sagen, ein Problem damit, weil es zum ersten Mal auch zu einer Zusammenarbeit gekommen ist. Und es muss, ich muss das als solches werten, weil dieser Antrag nur durchgegangen ist, weil es eben auch Unterstützung von der SPD gab. Und es handelt sich nicht um einen trivialen Vorgang, sondern es handelt sich um eine Abwahl.“

Während des Interviews mit Georg Maier, das wir im Erfurter Landtag führen, kommt zufällig Mario Voigt, der Thüringer CDU-Chef vorbei.



Georg Maier (zu Voigt):

„Es geht um die Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen. Am besten, du verkrümelst dich hier schnell, weil du kannst richtig in die Bredouille kommen.“

Doch kurz darauf können wir auch Mario Voigt mit unseren Recherchen konfrontieren. Die belegen, dass auch die CDU in Thüringen immer wieder in den Kommunalparlamenten für AfD-Anträge stimmt. Wir haben Belege für mindestens sechs Fälle, darunter der Landkreis Sonneberg, wo die dortige CDU-Fraktion sogar gemeinsam mit der AfD einen Antrag in den Kreistag einbrachte.

Mario Voigt, CDU Vorsitzender Thüringen

“Ich finde dieses Fingerzeigen und Brandmauer-Gerede, das erlebe ich bei den normalen Bürgern nicht, sondern was ich da erlebe ist: Kümmert euch um die Sorgen der Leute. Die CDU bringt ihre eigenen Anträge ein und dort werben wir für Mehrheiten.

Mit diesen Mehrheiten hat die CDU im Thüringer Landtag einen Tag nach unserem Interview für bundesweite Diskussionen gesorgt. Nur mit den Stimmen der AfD konnte sie ihren Antrag zu einer Steuersenkung durchbringen.

Prof. Dr. Martin Gross, Politikwissenschaftler LMU München

“Wenn eben der Bundesverband oder die Bundes-Organisation der CDU vorgibt, dass man nicht mit der AfD zusammenarbeitet, kooperiert. Wie auch immer, dann sind es diese kleinen Fälle, die den Riss in diese Brandmauer reißen. Und im Grunde gibt es diese Brandmauer kommunal nicht mehr und im Landtag jetzt auch nicht mehr.“

Risse in der Brandmauer - nach unseren Recherchen gibt es die nicht nur in der CDU, sondern auch bei anderen Parteien.